

hajo funke
christiane mudra

gäriger haufen



die AfD: ressentiments,
regimewechsel
& völkische radikale

VSA:

handreichung zum demokratischen widerstand

Hajo Funke/Christiane Mudra
Gäriger Haufen
Die AfD: Ressentiments, Regimewechsel
und völkische Radikale

Hajo Funke, Professor (i.R.) an der Freien Universität Berlin, ist ausgewiesener Experte für Rechtsextremismus. Von ihm erschien 2017 bei VSA: »Sicherheitsrisiko Verfassungsschutz. Staatsaffäre NSU: das V-Mann-Desaster und was daraus gelernt werden muss«.

Christiane Mudra, Autorin und Regisseurin, recherchiert seit 2013 schwerpunktmäßig zum NSU, zu Rechtsextremismus und zur Rolle der Nachrichtendienste und berichtete als Journalistin u.a. aus dem Münchner NSU-Prozess.

Hajo Funke/Christiane Mudra

Gäriger Haufen

**Die AfD: Ressentiments, Regimewechsel
und völkische Radikale**

Handreichung zum demokratischen Widerstand

VSA: Verlag Hamburg

Wir danken Lutz Bucklitsch für freundschaftlichen Rat und Kritik und seine Arbeit als Webmaster von www.hajofunke.de. Ebenso Micha Brumlik, Farin, Ralph Gabriel und Jens G. Wir danken besonders Inge Deutschkron und Wolf-Dieter Narr für Jahrzehnte der Ermutigung. Joachim Bischoff und Gerd Siebecke vom VSA: Verlagsteam für bewährte freundschaftliche und offene Kooperation sowie Bernhard Müller und Marion Fisch für ihr überzeugendes Lektorat.

© VSA: Verlag Hamburg 2018, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten

Titelfoto: Der neugewählte Bundesvorstand der AfD, v.l.r.: Georg Pazderski, Alexander Gauland, Alice Weidel, Stephan Protschka, Kay Gottschalk, Beatrix von Storch, Joachim Kuhs, Jörg Meuthen und Albrecht Glaser, am 3.12.2017 beim Bundesparteitag in Hannover. Fotograf: Hauke-Christian Dittrich/dpa
Druck und Buchbinderarbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH
ISBN 978-3-89965-821-7

Inhalt

Einleitung	7
Teil 1: Die Radikalisierung von Partei und Bewegung	11
Nicht ohne Vorlauf: Globalisierungskrisen seit 1990	11
Populisten und Rechtsradikale	13
Der Dambruch. Die Brandstiftung Thilo Sarrazins im Kontext der Welt-Finanzkrise	15
Auslöser rechtspopulistischer Bewegungen im Herbst 2014: Pegida und HoGeSa	18
Die AfD – eine Radikalisierung in vier Stufen	20
Erste Stufe: Sturz von Bernd Lucke im Sommer 2015	20
Zweite Stufe: Stuttgarter Parteitag im Frühjahr 2016	23
Dritte Stufe: Kölner Parteitag vom April 2017. Im Wahlkampf	27
Vierte Stufe: Zementierung der Radikalität im Dezember 2017: Gespaltene Partei	57
Teil 2: Ideologien & Ideologen der extremen neuen Rechten	61
Neurechte Netzwerke	61
Identitäre	62
»Widerstands«-Beschwörungen und Katastrophen-Szenarien	66
Epigonen der Konservativen Revolution	68
Attraktiv für Neonazis	80

Teil 3: Die Unterseite der Radikalisierung:	
Politische Gewalt	82
Gewaltwelle 2017	83
Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Gewalt	87
Gewalteskalation und der Rechtsstaat	88
Teil 4: AfD-Wähler*innen zwischen sozialem	
Protest und ideologierter Radikalisierung	91
Motivkomplexe bei der Wahl der AfD	94
1. Soziale Ungerechtigkeit	94
2. Mobilisierung und Verfestigung rechtsautoritärer Milieus und Einstellungen	100
3. Entwicklungen in Ostdeutschland. Gefahren eines gewaltbereiten Extremismus der Mitte	103
Teil 5: Fazit – Grenzen und Gefahren der AfD	112
Gefahren für die Republik. Mobilisierung von Mob-Instinkten	113
Geflüchtete als Boten des Unglücks	114
Gefahren eines Extremismus der Mitte	116
Noch kein Fall Österreich	117
Gutes Regieren und pragmatische Visionen für Deutschland und Europa	118
Liberal und sozial	119
Lessons learnt	121
Befähigung zu Empathie und Solidarität	122
Was ansteht	124
Nur eine soziale ist eine Demokratie – in Deutschland wie in Europa	126
Literatur	128

Einleitung¹

Die Bundestagswahl 2017 war ein Einschnitt. Während die Parteien der großen Koalition um die 15% an Zustimmung verloren, erhielt die rechtsradikal geführte Alternative für Deutschland (AfD) knapp sechs Mio. Stimmen und ist mit 12,6% der Zweitstimmen im Bundestag vertreten. Die AfD hat einen Erfolg errungen – trotz oder wegen der Tatsache, dass der rechtsradikale »Flügel« um Alexander Gauland und Björn Höcke auf dem Kölner Parteitag vom April 2017 die Entmachtung Frauke Petrys und ihres pragmatischeren Kurses betrieben und seither in Partei und Fraktion die Oberhand hat. Die Durchsetzung rechtspopulistischer, rechtsradikaler oder rechtsextremer Bewegungsparteien in der Mehrzahl der kapitalistischen Länder hat nun auch Deutschland erreicht.

Bislang hatten hierzulande eine ökonomisch günstige Lage, die Fünf-Prozent-Hürde und auch der Schatten der Vergangenheit dazu beigetragen, den Konsens der Demokrat*innen zu verteidigen, eine weithin rechtsradikale Partei nicht in den Bundestag zu wählen. Das ist durchbrochen worden. Und das angesichts einer Parteilinie, die nicht auf Kompromiss, sondern mit Höcke als Flaggschiff auf Konfrontation gesetzt hat. Es ist eine Kampfansage an das demokratische Selbstverständnis. Der Erfolg wird von noch weiter rechts stehenden völkischen Identitären als Triumph beschrieben. In der Tat haben gerade die weit rechts stehenden Kräfte nun, nach der Abdankung und Abspaltung der moderateren Kräfte, zunächst freie Bahn. Und diese wollen sie nutzen.

¹ Für diesen Text wurden Elemente aus Funke 2016 übernommen. Siehe auch: Funke/Nakschbandi 2017. Wird eine Schrift mehrfach hintereinander zitiert, findet sich nur eine Seitenzahlangebe. Hervorhebungen, wenn nicht anders dargelegt, von Hajo Funke und Christiane Mudra.

Auf ihrem achten Parteitag Anfang Dezember 2017 in Hannover hat die AfD der Öffentlichkeit gezeigt, wie rechtsradikal sie eigentlich ist: Die Niederlage des Pragmatikers Georg Pazderski auf dem Parteitag hat kenntlich gemacht, wie zum Zerreißen gespannt diese Partei ist. Diese Spannung dürfte auch nicht dadurch gelöst werden, dass man sich auf die Arbeit im Bundestag zu konzentrieren versucht. Dazu ist sie von ihrer Herkunft zu sehr eine *nationalrevolutionär ausgerichtete Bewegungspartei* im Sinne Björn Höckes. Die Austritte nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern erweisen sich nun als allzu verständlich.

Im ersten Teil dieser Handreichung zeigen wir: Die AfD will eine andere Republik, sie greift zentrale Positionen des Grundgesetzes, wie das der Religionsfreiheit, an und verfolgt eine Politik ethnischer Reinheit und der Abwertung von Flüchtlingen, Migrant*innen, Muslim*innen und Deutsch-Türk*innen. Ihre Sprache ist *gewaltförmig*.

Für die AfD wird die extreme Rechte immer mehr zum ideologischen Stichwortgeber. Da ist die Rede vom »*großen Austausch*«, der zur Zersetzung des eigenen Volkes betrieben werde, von der »*islamischen Invasion*« oder dem »*Volkstod*«. Das frühere Feindbild der extremen Rechten – *der Jude* – wird durch *den Muslimen* ersetzt. Frühere Abgrenzungen der AfD gegenüber der extremen Rechten sind inzwischen weitgehend – und besonders deutlich in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen, Thüringen, Niedersachsen oder im Saarland – Makulatur. Deswegen gehen wir im zweiten Teil ausführlich auf die ideologischen Speerspitzen der extremen Rechten ein: die Identitären, den Scharfmacher Götz Kubitschek mit seinem *Institut für Staatspolitik*, Jürgen Elsässer mit dem Magazin *Compact* und den völkischen Radikalen Björn Höcke im Zentrum der AfD.

Es sind vor allem die Identitären, die, wenn auch mit neuem Image ausgestattet, sich an den Antidemokraten und Faschisten der Weimarer Republik orientieren: der sogenannten konservativen Revolution, mit der sie wie damals gegen die Republik mobil machen wollen. Sie orientieren sich an der Entwicklung der in Europa erfolgreichsten rechtsradikalen Partei, den *Freiheitli-*

chen unter Heinz-Christian Strache, die die Regierung in Wien inzwischen weithin dominiert. Wie weit die Verbindung, teilweise Fusion von AfD und der extremen Rechten reicht, zeigt eine im Herbst 2017 abgehaltene Konferenz in Leipzig: »Opposition heißt Widerstand« – unter diesem Titel haben sich am Samstag, dem 24.11.2017, in der Messestadt Leipzig Rechtsextremisten und -populisten zu einer Konferenz getroffen. An der Veranstaltung des Compact-Magazin-Verlages (Jürgen Elsässer) nahmen unter anderem der AfD-Rechtsaußen Björn Höcke, Pegida-Chef Lutz Bachmann sowie Martin Sellner, Führungskraft der Identitären Bewegung, teil. Seit Monaten war dazu im Netz mobilisiert worden.« (*Leipziger Volkszeitung*, 24.11.2017) Der Abgrenzungsbeschluss der AfD gegenüber den Identitären ist im Herbst 2017 Makulatur. Zusammen mit Björn Höcke und André Poggenburg sehen sich die Identitären, die Gruppe um Götz Kubitschek und Ellen Kositzka, als national-revolutionäre Avantgarde, die die AfD zusammen mit Vorfeldorganisationen entsprechend ausrichten will.

Der vielleicht wichtigste Effekt dieser Bewegungen von rechts ist, wie in Teil 3 gezeigt wird, darin zu sehen, dass die AfD selbst sich als gewaltfrei beschreibt, sich im Unterbau der Ideologie wie der organisierten gesellschaftlichen Bewegungskräfte aber die *Ausrichtung auf Gewalt* in einer Weise beschleunigt hat wie nie zuvor seit den frühen 1990er Jahren – und anders als etwa in Österreich, trotz der dort sehr viel stärker verbreiteten rechtspopulistischen und rechtsradikalen Ideologien.

Die Bundestagswahl hat gezeigt, dass die agitatorische Verbindung tiefer sozialer und kultureller Unzufriedenheit mit der Entfesselung von Aggressionen gegen Minderheiten, insbesondere gegenüber den Muslimen im Land, der AfD mehr Zuspruch bei den Wähler*innen gebracht hat, als viele geglaubt haben (siehe dazu Teil 4). Die Barriere gegenüber immer rechtsradikaler auftretenden Spitzenvertretern der Partei ist eingerissen. Die Wähler*innen sind auf dem Weg von Enttäuschung und Wut zu fremdenfeindlicher und rechtsradikaler Überzeugung. Fehlende Alternativen zum »System Merkel« durch andere demokrati-

sche Parteien dürften dazu beigetragen haben, vor allem aber die Tatsache, dass die Sorgen und Bedürfnisse gerade von sozial sich bedroht sehenden Schichten und die Wahrnehmung abgehängter Regionen auch nicht annähernd angegangen worden sind. Von einem Rechtsextremismus der Mitte zu reden, wäre allerdings – noch – politisch voreilig. Nach allen Umfragen und Studien befindet sich die Mehrheit der deutschen Bevölkerung nach eigener Einschätzung (noch) links der Mitte. Große Mehrheiten sehen sich als Verfassungspatriot*innen und wollen Zufluchtsuchenden aus Bürgerkriegsgebieten helfen.

Wie im Fazit (Teil 5) gezeigt wird, bestehen Chancen, die Widersprüche der AfD und die Gefahren für die Republik aufzudecken und ihr durch gute, sozial sensible Politik einen beträchtlichen Teil derjenigen, die am 24. September 2017 die AfD gewählt haben, wieder abspenstig zu machen. Ob eine Eindämmung der Bewegungsrechten gelingt, hängt an drei Faktoren: erstens daran, ob die Partei ihre Rechtsradikalisierung weiter forciert, und zweitens, ob dies für einen Teil der Wähler*innen weiter attraktiv erscheint. Dies wiederum hängt drittens entscheidend davon ab, ob es einer – auch sozial – *guten* Politik gelingt, nicht nur die verbreitete Verunsicherung, sondern auch die verfestigten Frustrationen, Aggressionen und die damit verbundene Abwehr der demokratischen Parteien aufzufangen und sich von den letztlich zerstörerischen Wirkungen einer solchen rechtsradikalen Partei entschieden und aus Überzeugung abzugrenzen und gegen sie einzutreten.